ElektroIgel

Juli 2016

Vorwort	2
Was ging so?	3-17
Termine	17
Formalia	17
Pressemitteilungen	18-25

Grüne Jugend Niedersachsen

Heyho,

es ist wieder so weit: der E-IGEL ist da! Vollgepackt mit Berichten von Seminaren, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen, die die GJN ver- und mitgestaltet hat. Von Ökologie über Queer bis zum Aufmischen der Altgrünen ist mal wieder alles dabei. An dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön an all die engagierten Autor*innen! Vielleicht bekommt die eine oder der andere ja Lust, auch einmal etwas für den E-IGEL zu schreiben. Viel Spaß – natürlich auch in Vorfreude auf den Print-IGEL zur LMV!

Euer LaVo
Imke, Bela, Marcel, Berit, Nike, Torben, Liam und Clara

Was ging so?

Frühlingskongress und LMV 2016 über Entwicklungspolitik

Unsere letzte Landesmitgliederversammlung fand vom 1.-3. April 2016 in Lüneburg statt.
Dank des sonnigen Wetters konnten wir auch einige Tagesordnungspunkte nach draußen verlagern. Wir starteten am Freitag mit der Begrüßung durch unsere Sprecher*innen Marcel und Imke. Danach ging es bei dem FIT* und offenen Treffen um dominantes Redeverhalten. Im Anschluss gab es ein sehr stark besuchtes Neuentreffen. Nach dem Abendesen fanden noch Antragsdiskussionen und der Abendausklang statt.
Der Samstag begann mit einem Ortsgruppenvernetzungstreffen, in dem alle anwesenden Ortsgruppen über ihre aktuelle Arbeit berichteten und wir Ideen für Aktionen und Mitgliederwerbung austauschen konnten. Besonders freute uns, dass auch neue Ortsgruppen anwesend waren. Danach trennten wir uns auf verschiedene Workshops auf zum Thema Klimaschutz und Entwicklungspolitik, Entwicklungspolitik auf Bundesebene, Critical Whiteness und Landgrabbing. Nach einem Austausch der Ergebnisse der Workshops fand das Gendertreffen statt. Auch dort fanden zwei Workshops statt, einer war zu Frauenrollen in Videospielen und der andere zum Thema Carearbeit.
Um 16 Uhr startete die Landesmitgliederversammlung offiziell. Wir begannen mit der Vorstellung des neuen Corporate Designs der GJ von Jan Schnorrenberg, der dies in seiner Bundesvorstandszeit mitentwickelte. Das Corporate Design kann von allen Mitgliedern genutzt werden und ist im Igel Office zum Download verfügbar.
Nach Haushaltabschluss und Rechenschaftsbericht folgte der erste Antrag zu einer Satzungsänderung. In Zukunft sind die Ortsgruppen auch offizielles Organ der GJN. Anschließend wurde der neue Landesvorstand gewählt, er besteht nun aus Imke Byl und Marcel Duda als Sprecher*innen, Bela Mittelstädt als Politischem Geschäftsführer, Berit Schütze als Schatzmeisterin und Berenike Bick, Clara Kiesbye, Torben Mävers und Liam Harrold als Beisitzer*innen. Clara ist auch Frauen- und Genderpolitische Sprecherin und bildet mit Lisa-Marie Jalyschko das Frauen- und Genderteam. Außerdem wurden Katja Jalyschko, Maxi Koch und Max Knack für das Igel-Team nachgewählt und Lasse Steffens für

den Bundesfinanzausschuss delegiert. Zwischendurch wurde aus verschiedenen Gruppen berichtet. Nach den Wahlen fand die Party an der Lüneburger Uni statt. Am Sonntag wurden die inhaltlichen Anträge behandelt. Die Beschlüsse sind alle auch auf der Homepage zu finden. Zum LMV-Thema "Entwicklungspolitik" wurde der Antrag "Gegen Wasserprivatisierungen - hier und überall!" beschlossen. Die Grundsätze für die kommende Kommunalwahl im September wurden im Antrag "Kommunalpolitische Grundsätze der GJN – jung, grün, stachlig" wurden festgelegt. Der Eilantrag "Solidarität mit den Opfern des Terrorismus – Gegen jeden Nationalismus" erklärte die Solidarität mit den Ofern der Terroranschläge in Belgien. Außerdem wurden die Anträge "Tickt ihr noch ganz richtig? Sommerund Winterzeit abschaffen!", "Kultur für Alle" und "GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisiert nationalen Fahnenkult" beschlossen. Die nächste Landesmitgliederversammlung findet vom 14.-16.10.16 statt.

Berit, Nike

Zwangsarbeit hinterm Deich
Der Gedenkort „U-Boot-Bunker Valentin“ in Bremen-Farge

Am 09./10. April 2016 beschäftigten Mitglieder der Grünen Jugend Bremen und Niedersachsen sich mit einem weitgehend unbekannten Erinnerungsort an das NS-Unrecht im Norden. An dem Gedenkort „Bunker Valentin“ wurde von 1943 bis 1945 ein groß angelegter U-Boot-Bunker direkt an der Weser im Bremer Norden durch den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen aus ganz Europa erbaut. Die U-Boot-Werft war für das NS-Regime ein wichtiges Rüstungsprojekt und wurde massiv ohne Rücksicht auf Menschenleben voran getrieben ohne jedoch jemals in Betrieb genommen worden zu sein.

Was ist Erinnerung?

Zunächst beschäftigten wir uns im Rahmen eines Workshops unserer Referent*innen Max Kausch und Till Schmidt, was Erinnerung allgemein heißt, ob man dabei verschiedene Formen des Erinnerns unterscheiden muss und ab wann dieses Thema eine politische Dimension bekommt. Nachdem diese Grundlage gelegt wurde, wurde die Bedeutung des konkreten Ortes der Erinnerung in den Fokus genommen. Was sind Gedenkstätten, welche Momente kommen bei ihnen zusammen und welche Funktion haben sie? Abends wurde dann schließlich der Film „Am Ende kommen Touristen“. In dem Film wird die Auseinandersetzung der Generation der Nachgeborenen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und ein Leben im Schatten eines Menschheitsverbrechens thematisiert. Die Eindrücke aus dem Film wurden im Anschluss noch lange von den Teilnehmer*innen diskutiert. Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Erinnern und Gedenken und deren Materialisierung in Form von Gedenkstätten war eine wichtige Vorbereitung für den eigentlichen Gedenkstättenbesuch am Sonntag.

Bunker Valentin: Absolute Ausbeutung von Arbeitskraft

Direkt an der Weser gelegen türmt sich im dörflichen Bremer Norden ein ungewöhnlicher Anblick auf: Auf der Grundfläche von 35.375 m^2 ragt sich der Bunker Valentin als zweitgrößte freistehende Bunkeranlage in Europa auf. Die Ausmaße sind riesig: Verbaut wurden eine Million Tonnen Kies und Sand, 132.000 Tonnen Zement und 20.000 Tonnen Stahl. Auf der Baustelle wurden zwar keine systematischen Tötungen vorgenommen, aufgrund der schwerwiegenden gesundheitlichen Folgeschäden allerdings sind tausende

Menschen massiv geschädigt worden, die auch in unzähligen Fällen zum Tod führten.

Tausende von Zwangsarbeiter*innen mussten unter schweren Bedingungen die harte Arbeit auf der Baustelle leisten. Die Zwangsarbeit muss immer vor dem Hintergrund deren ideologischen Voraussetzung im nationalsozialistischen Deutschland betrachtet werden: Die absolute und menschenverachtende Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ist nicht ohne die völkisch-rassistische Vernichtungslogik zu denken.

Auf der Baustelle wurden zwar keine systematischen Tötungen vorgenommen, aufgrund der schwerwiegenden gesundheitlichen Folgeschäden allerdings sind tausende Menschen massiv geschädigt worden, die auch in unzähligen Fällen zum Tod führten.

http://www.denkort-bunker-valentin.de/

Christian Hinrichs

TTIP- und CETA-Gegendemo in Hannover

Gemeinsam waren wir am 23. April auf der Demo gegen TTIP und CETA in Hannover. Anlass war der Besuch von Barack Obama und der Kanzlerin in Hannover am darauffolgenden Tag anlässlich der Hannover Messe. Partnerland war dieses Jahr die USA. Tausende Firmen warben hier gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs aus Frankreich (Hollande), Italien (Renzi) und Großbritannien (Cameron) Deutschland und den USA für das Freihandelsabkommen und Wirtschaftswachstum.
Zusammen mit den anderen Jugendorganisationen wie JANUN, der BUND Jugend und dem DJN (Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung) aus unserem Klimabündnis, aber auch den Jusos und den Gewerkschaftsjugenden sind wir im Jugendblock der Demo mitgelaufen. Dort wurde mithilfe eines Lautiwagens mit viel fetziger Musik und Megafonen gute Stimmung gemacht. Als Klimabündnis haben wir auch einen Redebeitrag auf der großen Bühne auf dem Opernplatz bekommen.
Insgesamt waren circa 90.000 Demonstrierende vor Ort und haben ein Zeichen für einen gerechteren Welthandel und gegen TTIP und CETA gesetzt. Mit viel kreativem Protest (Gabriel- und Merkelverkleidungen, ein alter Fracking-Bohrturm und vielen coolen Transpis) und bei gutem Wetter hat diese Großdemo richtig Spaß gemacht. Auf dem Wagen der Altgrünen hat Marcel eine sehr leidenschaftliche (die beste) Rede für uns gehalten und viel Applaus bekommen. Auch Anton Hofreiter hat nochmal unterstrichen, warum wir TTIP stoppen müssen. Intransparente Verhandlungen, undemokratische Schiedsgerichte in Hinterzimmern und die zu befürchtende Absenkung von Umwelt- und Sozialstandards sind dabei nur einige Gründe.
Auch die Landwirte waren mit über 30 Traktoren mit dabei. Und Greenpeace ließ vom Hochhaus des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) ein Banner mit dem Spruch "Yes we can stop TTIP" und Obamas Portrait herab. Geplant ist die nächste Demo gegen TTIP am 24. September in mindestens sechs Großstädten, unter Anderem Stuttgart, Köln, Hamburg und Berlin, wo wir uns hoffentlich alle wieder sehen!

Nike, Liam

KEEP IT IN THE GROUND!
Die GRÜNE JUGEND NIEDERSACHSEN bei ENDE GELÄNDE 2016

Das ENDE GELÄNDE-Aktionsbündnis ist ein breiter Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Gruppierungen aus der Anti-Kohlekraft-Bewegung, das im Rahmen eines Klima-Camps zu großflächigem zivilen Ungehorsam im Lausitzer Braunkohlerevier aufrief. Auch der Bundesverband der GRÜNEN JUGEND beteiligte sich an diesem Aufruf – und die GRÜNE JUGEND Niedersachsen folgte diesem... Vom 13.-16. Mai fand in der Lausitz bei Cottbus die Aktion „Ende Gelände“ statt. Die Firma Vattenfall (eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft des staatlichen schwedischen Energiekonzerns Vattenfall AB) möchte dort in naher Zukunft das gesamte Lausitzer Braunkohlerevier an die tschechische Firma EHP verkaufen und damit auch die Verantwortung für die dort verursachten Schäden. Das passt uns natürlich gar nicht! Denn Energie aus Braun- und Steinkohlekraftwerken macht zusammen immer noch fast 50% der Bruttostromerzeugung in Deutschland aus. Um die dafür benötigte Kohle abzubauen, werden enorme Flächen zerstört – Wälder gerodet, Gewässer trocken gelegt, Dörfer umgesiedelt. Also haben wir uns mit unserer Bezugsgruppe aus 8 GJ-Mitgliedern der Ortsgruppen Hannover und Braunschweig auf den Weg in die Lausitz gemacht. Insgesamt nahmen an der Aktion, die erst das zweite Mal in Folge stattfand, ca. 3500-4000 Personen teil. Wir reisten am Donnerstagabend in zwei Teilgruppen an und besichtigten bei dieser Gelegenheit mehr oder minder freiwillig die idyllische brandenburgerische Provinz. In einer dieser charmanten Ortschaften fiel uns ein ganz besonderes Wahlplakat ins Auge, welches uns mit seinem positiven Heimatbezug und dem azurblauen Hintergrund sofort davon überzeugte, es auf unsere weitere Reise mitzunehmen. Nach rund 4 Stunden gefüllt mit Lady Gaga und Müsliriegeln erreichten wir das Klima-Camp in der Nähe von Proschim. Schon bei der Parkplatzsuche blockierten wir unwissentlich einen Mannschaftswagen der Polizei. Nach leicht aggressivem, mehrmaligen Betätigen der Lichthupe ihrerseits räumten wir jedoch den Weg – wir wärmten uns ja gerade erst auf. Trotz der Dunkelheit und des nagenden Hungers fanden wir recht schnell einen guten Platz für unsere Zelte. Das Aufbauen gestaltete sich etwas komplizierter, war eines der Zelte doch so groß, dass das gesamte Auto problemlos hinein gepasst hätte. Nachdem auch das erledigt war, gönnten wir uns im Camp Kartoffelsuppe von der Fläming Kitchen, die uns das ganze

Wochenende mit ihrer nahrhaften Kost versorgen sollte. Das Klima-Camp stellte sich als größer und vielfältiger heraus, als wir erwartet hatten: Es gab einen Kiosk, eine Kinderbetreuung und überall unglaublich hilfsbereite Menschen, die alles miteinander teilten. Das alles ließ ein Gefühl von Solidarität und Sicherheit entstehen, welches auch die eigentliche Aktion durchgehend begleitete. Neben zahlreichen interessanten Workshops rund ums Klima war das Camp nämlich auch darauf ausgelegt, die Teilnehmenden bestmöglich auf die anstehenden Blockaden vorzubereiten. Es gab Aktionstrainings, Informationsveranstaltungen, Bezugsgruppentreffen und vieles mehr. Für alle Campteilnehmenden gab es genug zu tun, wurde es doch vollständig von Freiwilligen organisiert. Von großer Bedeutung war dies besonders, da ein Teil dieser helfenden Hände während der gesamten Aktion im Camp blieb und durch ihr Engagement die Versorgung der Blockierenden gewährleistete. Schon am ersten Tag war uns klar, dass wir uns geschlossen aktiv an den Blockaden beteiligen wollten. Im Vorfeld diskutierten wir deshalb unsere persönlichen Erwartungen, Fragen und Grenzen, um als Bezugsgruppe reibungslos funktionieren zu können. Zudem wählten wir einen Bezugsgruppenleiter, der uns bei den Plena während der gesamten Aktion vertrat. Geplant war, dass mehrere Finger am Freitagnachmittag das Camp verlassen wollten, um an verschiedenen 7 Schon am ersten Tag war uns klar, dass wir uns geschlossen aktiv an den Blockaden beteiligen wollten. Im Vorfeld diskutierten wir deshalb unsere persönlichen Erwartungen, Fragen und Grenzen, um als Bezugsgruppe reibungslos funktionieren zu können. Zudem wählten wir einen Bezugsgruppenleiter, der uns bei den Plena während der gesamten Aktion vertrat. Geplant war, dass mehrere Finger am Freitagnachmittag das Camp verlassen wollten, um an verschiedenen Orten den Kohleabbau bzw. -transport still zu legen. Wir schlossen uns dem grünen Finger an, der auf die Schienen unter einem Förderturm (von dort aus wurden Züge mit Kohle befüllt) blockieren sollte. Voller Tatendrang machten wir uns so mit ca. 500 weiteren Aktivist*innen auf den laut Organisator*innen 8 km langen Weg, dick bepackt mit Schlafsäcken, Essen und guter Laune. Gemeinschaftlich singend gingen wir durch die Mittagshitze und trotz anstrengender Passagen erreichten wir den Zielort auf den Schienen ohne Probleme und voll entschlossener Zufriedenheit. Empfangen wurden wir von rund einem Dutzend Mitarbeiter, welche nicht ganz unglücklich über ihre von uns frühzeitig beendete Schicht schienen. Auf den Aktionstrainings im Zeltlager war uns unter anderem gezeigt worden, wie wir

Polizeiketten durchbrechen könnten, sollte uns der Zutritt auf das Betriebsgelände verwehrt werden. Zum Glück mussten wir das Gelernte nicht anwenden, weil die Polizei sich uns gegenüber sehr zurückhielt. Mithilfe von mitgebrachten Strohsäcken machten wir es uns deshalb gemütlich und blockierten munter weiter. Größter Störfaktor dabei war der Kohlestaub, der bei jedem Schritt aufgewirbelt wurde und in unsere Nasen, Münder und Augen gelang. Zum Glück hatten wir Staubanzüge, Atemschutzmasken sowie Sonnenbrillen, die uns vor dem Gröbsten schützten. Nichtsdestotrotz gelang der Kohlestaub überall hin und sollte für die nächsten drei Tage auch überall bleiben. Ein starker Regenschauer sorgte für Abkühlung und bei vielen auch für nasse Füße, jedoch bauten wir provisorische Zelte aus Planen. Zudem wurde uns der Aufenthalt dank der Unterstützung aus dem Camp ständig angenehmer gemacht: Nach kurzer Zeit auf den Schienen hatten wir bereits mobile Toiletten, warmes Essen, Stroh und vieles mehr. Das Delegiertenplenum beriet sich einige Male und einigte sich darauf, dass die Bezugsgruppen je nach Stimmung und Risikobereitschaft auch versuchen konnten, die Verladestation und nicht nur die Gleise zu besetzen. Mehrere Gruppen folgten dieser Idee, kletterten beinahe unbehelligt auf die Anlage und hissten unter lautem Beifall verschiedene Banner und Flaggen. Oben wurden sogar Blockaden errichtet, damit im Falle eines Räumungsversuches nur ein Zugang leicht begehbar wäre. Die Wirkung dieser Aktion auf uns Blockierende kann kaum überschätzt werden. Wir hatten die Verladestation den Mitarbeiter*innen und damit symbolisch dem gesamten Kohletagebau entrissen und verkündeten mit ihr unsere Forderung: KEEP IT IN THE GROUND! Das Ziel der Blockade war das möglichst lange Ausharren auf den Gleisen und diese doch schon lange Zeit mussten wir uns auch vertreiben. Also lernten wir die anderen Aktivist*innen kennen, spielten selbstgeschusterte Spiele und sangen Lieder und Parolen gegen den Kohleabbau. Durch den internationalen Aufruf waren viele Aktivistin*nnen unterschiedlichster Staatszugehörigkeiten vertreten, darunter viele aus den Niederlanden, Frankreich und Schweden. Langsam wurde es dunkel und wir suchten uns einen geeigneten Ort zum Schlafen. Geeignet bedeutete für uns: Trocken und windgeschützt. Schnell stellten wir fest, dass ein solcher Ort bei der Verladestation nicht wirklich existierte. Nach einigem Hin-und-Her entschieden wir uns einstimmig für eine Art Keller unterhalb der Förderbänder der Verladestation. Klingt nicht wirklich einladend? War es auch nicht. Aber wir klebten einige störende Lichtquellen ab, verteilten Stroh auf dem Betonboden

und versuchten dadurch, es so warm wie möglich zu haben. Dennoch: Die Nacht war kalt. Und kurz. 8 Am Samstag standen wir früh auf und reihten uns in die Schlange vor dem Tisch mit Brot und Kaffee ein. Doch leider reichte beides nicht für alle Aktivist*innen und obwohl jede*r versuchte, das Essen untereinander zu teilen, mussten viele von uns den Tag ohne Frühstück beginnen. Glücklicherweise blieb es friedlich und die Stimmung immer noch entspannt. Das Polizeiaufgebot blieb gering, höchstens fünf Mannschaftswagen waren da, meistens sogar deutlich weniger. Bald tauchten parlamentarische Beobachter*innen aus den Reihen der Linken und Grünen auf, welche allerdings vornehmlich mit der anwesenden Polizei und den Mitarbeiter*innen der Verladestation sprachen. Im Tagesverlauf erreichten uns viele Mitglieder anderer Finger, die sich der Blockade anschlossen, jedoch gingen auch einige Bezugsgruppen wieder zurück ins Camp. Insgesamt blieb unsere Zahl so recht konstant. Das Orga-Team versuchte weiterhin hartnäckig, uns mit Essen und Wasser zu versorgen, was größtenteils auch ausgezeichnet gelang. All das war eine logistische und organisatorische Meisterleistung, gab es doch noch vier andere Finger an anderen Orten, die ebenfalls verpflegt werden mussten. Genauso bewunderns-wert waren die grenzenlose Hilfsbereitschaft und der Respekt der Blockierenden untereinander. In Anbetracht der Tatsache, dass ein „Schichtwechsel“ mit Aktivist*innen aus dem Camp nicht möglich war, entschieden wir uns dazu, eine weitere Nacht bei der Blockade zu verbringen. Am Sonntagmorgen hatten wir mehr Glück mit dem Essen und auch das Wetter war deutlich besser. Wir verewigten uns an Wänden und Gleisanlagen, räumten den entstandenen Müll weg und bereiteten uns allmählich auf den Rückweg vor. Zurückgelassen wurden nur die Blockaden auf den Gleisen und der Verladestation. Nach rund 48 Stunden waren wir alle unglaublich erschöpft und dreckig, aber auch mindestens genauso stolz auf uns. Somit zog der gesamte Finger begleitet von Anti-Kohle-Parolen und Gesängen am Nachmittag zurück in das Klimacamp. Diesmal war der Weg deutlich kürzer und angenehmer, da wir uns die Freiheit herausnahmen, öffentliche Straßen zu benutzen. Als wir bereits Proschim erreicht hatten, kam es allerdings zu einem Zusammenstoß mit drei Rechten, die sich uns 300 friedlichen Rückkehrer*innen in den Weg stellten und schnell handgreiflich wurden, jedoch genauso schnell von der Polizei ruhig gestellt wurden - ein ungewohnter Anblick für viele von uns! Zurück im Camp wurden wir jubelnd von den dortigen Menschen begrüßt und fielen uns nach den Strapazen der letzten Tage erleichtert in die Arme. Es fühlte sich wunderbar

an, endlich keinen Kohlestaub mehr einzuatmen! Der Abend verlief entspannt, wir genossen die saubere Luft, das kohlefreie Essen und die Sonne. Später fand im Camp ein Konzert von den Beatpoeten und „The Incredible Herrengedeck“ statt - der krönende Abschluss für ein erlebnisreiches Wochenende. 9 Leider konnten wir nicht ganz so ausgelassen feiern wie gedacht, da es erneut zu einem Übergriff kam: Gewaltbereite Rechte betraten das Gelände und verletzten einen Aktivisten. Insgesamt jedoch waren wir uns alle einig: Dieses Wochenende hatte sich gelohnt. Wir waren froh über unsere Bezugsgruppe, über die fantastische Orga und all die Mitstreiter*innen, die auch das Ausharren inmitten des Kohlestaubs so erträglich gemacht hatten. ENDE GELÄNDE stellte sich für uns als ein großartige Aktion mit einem wichtigen klimapolitischen Anliegen heraus. Dementsprechend konnten wir die mediale Aufmerksamkeit auf die Aktion lenken und erreichten, dass das Kraftwerk seine Leistung um 80% senken musste. Zudem wurde dank unserer Schienenblockade alle 20 Minuten ein Zug am Abtransport von umweltschädlicher Kohle gehindert. Kritikbedürftig finden wir abschließend jedoch den Einsatz der Polizei gegenüber den anderen Blockadegruppen. Dort waren die Polizist*innen durch grobe Anwendung von Gewalt gegenüber den Aktivst*innen aufgefallen, nahmen 120 von diesen fest und behielten sie dort über Nacht unter unzumutbaren Bedingungen. Dagegen hatten wir unerwarteterweise sehr viel Glück, dass die Polizei sich uns gegenüber - abgesehen von einer Straßenblockade und dem Einsatz von Pfefferspray gegen das VersorgungsTeam - sehr friedlich verhielt. So fanden wir an diesem Wochenende die Zeit, uns untereinander und auch neue Gesichter viel besser kennen zu lernen als es unter „normalen“ Umständen vielleicht der Fall gewesen wäre. Auch nachdem wir uns die Kohle aus den Ohren und Haaren gewaschen und Zelte und Schlafsäcke wieder in den Schränken verstaut hatten, blieben die Eindrücke des Klima-Camps und der Blockade noch lange präsent. Vielleicht bleiben sie es für immer, mindestens aber bis zur dritten „Ende Gelände“ Aktion 2017. Die Teilnahme daran können wir mit gutem Gewissen allen wärmstens ans Herz legen. Je mehr Teilnehmende, desto größer der Widerstand. Das Wochenende hat gezeigt, was Menschen erreichen können, wenn sie sich friedlich vereinen, um für ihre Interessen zu kämpfen.

Grüne Jugend Niedersachsen

CSD, ESC und Rainbowflash

Am 14. Mai fand in Hannover der Christopher Street Day unter dem Motto „welcome“ statt. Mit über 2000 anderen Menschen haben wir ein Zeichen für Vielfalt, Weltoffenheit und gegen Homophobie gesetzt. Eröffnet wurde der CSD von Rebecca Harms, Grüne Europaabgeordnete aus dem Wendland und Vorsitzende der Fraktion im europäischen Parlament. Mit einer leidenschaftlichen Rede warb sie für die ganzen kleineren CSDs in Niedersachsen (und auch ihr könnt bei euch vor Ort einen CSD organisieren, wenn es noch keinen gibt – wir helfen auch gerne). Und in allen Redebeiträgen wurde betont, dass Geflüchtete aus der LSBTTIQCommunity (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle, Queer) besonderer Bedrohung in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind und hier besondere Angebote geschaffen werden müssen. Das Motto „welcome“ hat da den Weg gewiesen. Die Grünen hatten einen bunt geschmückten Wagen, auf dem auch viele Menschen aus der Grünen Jugend mitgefahren sind. Bei meist sonnigem und trockenem Wetter konnten wir eine tolle Zeit mit vielen witzigen, coolen und bunten Menschen aus allen Ecken Niedersachsens verbringen. Ein herzlicher Dank gebührt Andersraum e.V. für die tolle Organisation!

Grüne Jugend Niedersachsen

Anschließend gab es noch ein spontanes Grüne-Jugend-ESC-Schauen. Auch beim ESC bzw. Eurovision Song Contest gab es einige Beiträge, die von Menschen aus der LSBTTIQ-Community kamen, wie schon zwei Jahre zuvor von Conchita Wurst mit ihrem Song „Rise like a Phoenix“. Besonders hervorzuheben ist hier Hovi Star, der mit seinem Lied „Made of Stars“ für Israel antrat. Der queere Künstler will mit seinem Lied „daran erinnern, dass wir alle Menschen sind, dass wir alle gleich sind“. Am darauffolgenden Dienstag, den 17. Mai fand dann der Rainbowflash auf dem Opernplatz statt. Organisiert wurde dieser vom LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland) und dem Andersraum Hannover, dem Szenezentrum für die LSBTTIQ-Community. Auch dort waren wir vertreten und haben bunte Luftballons mit Botschaften für mehr Menschlichkeit, die Ehe für Alle und Vielfalt starten lassen. Der nächste CSD in Hannover wird übrigens am 3. bis 4. Juni 2017 stattfinden – markiert euch das Datum am besten jetzt schon im Kalender.

Imke, Liam

Starke GJN auf der Landesdelegiertenkonferenz

Am 28. und 29. Mai fand die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Grünen in Gifhorn statt. Wir waren mit vielen jungen Menschen vor Ort, einige davon auch als Delegierte. Hier kann ich nur appellieren: Lasst euch in euren Kreisverbänden als Delegierte wählen, wenn ihr Mitglied bei den Grünen seid! Auf den Parteitagen wird die inhaltliche Linie der Grünen festgelegt, und es ist wichtig, dass dort viele junge Menschen mitstimmen können.
Nachdem der Grüne-Jugend-Stand mit unseren Materialien bestückt war, ging es auch schon zum GJN-Treffen in herrlichem Sonnenschein. Dort haben wir unsere eigenen Anträge vorgestellt und besprochen sowie generell über die LDK geredet. Dieses Treffen findet bei jeder LDK statt, kurz vor dem offiziellen Beginn der LDK am Samstag. Auch wenn ihr nicht Mitglied der Grünen Jugend, aber unter 28 Jahre alt seid, kommt gerne nächstes Mal vorbei.
Zu dieser LDK haben wir als GJN drei Anträge gestellt. Einmal den Antrag „Schluss mit der Kriminalisierung! Cannabis regulieren“, in dem wir u. a. eine deutliche Erhöhung der „geringen Menge“ fordern. Dann den Antrag „Kein Einsatz von Polizeihunden und -pferden auf Versammlungen!“ – der Titel ist

wohl selbsterklärend. Und den Antrag „Gute Polizei in Niedersachsen - Vertrauen durch Treuhandstelle schaffen Strafverfolgung auf Augenhöhe und unter fairen Bedingungen“. In diesem Antrag geht es darum, ein Konzept zur Schaffung einer unabhängigen Treuhandstelle für Protokolle von Polizeieinsätzen und Polizeivideos zu schaffen.

Die ersten beiden Anträge hat auch die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Demokratie und Recht unterstützt. Zu unserer großen Freude wurden alle drei Anträge mit großer Mehrheit durch die Delegierten angenommen. Außerdem konnten wir unsere Inhalte bei der Diskussion in der aktuellen Stunde mit dem Titel „Freiheit durch Demokratie: Radikalisierung den Nährboden entziehen“ mit drei Redebeiträgen sowie bei der Diskussion zur Kommunalpolitik mit einem Redebeitrag sehr erfolgreich und sichtbar einbringen. Am Samstagabend gab es sogar noch eine LDK-Party, die netterweise die Gifhorner Grünen organisierten und bei allen sehr gut ankam.

Imke

Grüne Jugend Niedersachsen

Der Kommunalwahlkampf der Grünen Jugend Niedersachsen

Ihr wisst es bestimmt schon: Am 11. September sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Stadträte, Gemeinderäte und Kreisräte werden mit einer Legislaturperiode1 von 5 Jahren neu gewählt und werden die Politik in den Ortschaften bestimmen.

Dabei schaut die Grüne Jugend Niedersachsen natürlich nicht tatenlos zu, ganz im Gegenteil! Seit Februar trifft sich regelmäßig ein Team aus interessierten Menschen und plant den Kommunalwahlkampf, entwirft Werbematerial und überlegt sich Konzepte für die Wahlkampf-Hochtour. Unsere zentralen Positionen könnt ihr in dem kommunalpolitischen Beschluss der letzten Landesmitgliederversammlung nachlesen, den ihr hier findet: http://gruenlink.de/16ke Erfreulicherweise haben wir auch viele junggrüne Kandidat*innen in ganz Niedersachsen, die unsere Ziele und Forderungen in die Städte und Gemeinden tragen wollen – und wir werden Sie dabei unterstützen, diese Möglichkeit zu haben! So haben wir uns zum Beispiel dazu entschieden, dass die thematischen Schwerpunkte des Wahlkampfes auf einem nachhaltigen Mobilitätskonzept, der Förderung von Vielfalt und Mitbestimmung für alle Menschen sowie der Wahrung einer freien und bunten Jugendkultur liegen sollen.

Das alles steht unter dem Motto: Generation GRÜN: Dein (X) für die Zukunft. Diese Aspekte und noch viele weitere wollen wir in Form einer Social-Media-Kampagne von Mitte Juli bis zur Wahl vorstellen und bewerben. Lasst euch dabei überraschen! (Und vergesst nicht, der Grünen Jugend Niedersachsen auf Twitter zu folgen: @GJ_Nds) Natürlich haben wir auch bereits wunderschönes Wahlkampfmaterial entworfen, darunter Flyer zu unseren kommunalpolitischen Grundsätzen und gegen die AfD, einen Flaschenöffner, Bierdeckel und verschiedene Sticker.

Ab dem 26. August werden wir gemeinsam auf Hochtour gehen und zahlreiche Städte und Ortschaften in Niedersachsen besuchen, um für unsere Inhalte zu werben und unsere Kandidat*innen direkt zu unterstützen. Wenn ihr Interesse daran habt, dass wir auch in euer Dorf kommen, meldet euch bei uns! Es wird eine großartige Tour, das versprechen wir. Den Höhepunkt wird eine Wahlkampf-Abschlussparty am Abend des 10. September im Chez Heinz in Hannover darstellen, zu der ihr alle bereits im Vorfeld herzlich eingeladen seid.

Grüne Jugend Niedersachsen

Wir freuen uns auf einen tollen Wahlkampf mit euch allen zusammen und hoffen auf möglichst viel junggrüne Energie und vor allem Spaß!

In Liebe
Lisa-Marie und Marcel für das Kommunalwahlkampfteam

Termine

- 12.-14.08.2016: LMV-Vorbereitungsseminar
- 26.08.-10.09.2016: Hochtour
- 11.09.2016: Kommunalwahl
- 16.-18.09.2016: „Intersektionalität – Eine Diskriminierung kommt selten allein…“ Genderseminar in Göttingen
- 30.09.-02.10.2016: Bundeskongress in Göttingen
- 07.-09.10.2016: Postwachstumsseminar in Osnabrück
- 14.-16.10.2016: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“ Rechten Ideologien entgegentreten - Herbstkongress und LMV in Bad Pyrmont
- 04.-06.11.2016: Naturschutzpolitikseminar
- 18.-20.11.2016: Gedenkseminar in Braunschweig

Formalia

Info-Liste:
Über diese Mailingliste gehen alle aktuellen Informationen für die GJN, auch ihr könnt Mails mit mehr oder weniger wichtigen Infos dorthin verschicken. Wenn ihr Mitglied in der GJN und noch nicht auf der Liste seid, könnt ihr euch hier eintragen. (Sehr zu empfehlen)

Eintragen von neuen Abonnent*innen:
Wenn ihr Leute kennt, die auch den Elektro-IGEL erhalten möchten, ist das Abonnieren hier möglich. Man muss nicht Mitglied der GRÜNEN JUGEND sein, um den Newsletter erhalten zu können.
Die vorherigen Ausgaben des Elektro-IGELs könnt ihr ebenfalls dort herunterladen.

Grüne Jugend Niedersachsen

Kontakte:
Allgemeiner Kontakt: buero@gj-nds.de
Kontakt zum Landesvorstand: lavo@gj-nds.de
Feedback zum Elektro-IGEL: clara.kiesbye@gj-nds.de
Kontakt zur IGEL-Redaktion: igel@gj-nds.de

Pressemitteilungen

Antifaschistisches Engagement wirkt! - GRÜNE JUGEND Niedersachsen begrüßt Absage von Naziaufmarsch in Bad Nenndorf (15.07.2016)

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) begrüßt die Absage des Naziaufmarsches in Bad Nenndorf. Der Landkreis Schaumburg hatte gestern in einer Pressemitteilung die Absage des für den 6.8. geplanten, seit 2006 jährlich stattfindenden Naziaufmarsches zum Winklerbad bekannt gegeben.

Dazu Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Seit 2006 haben Neonazis in der Kleinstadt Bad Nenndorf im Landkreis Schaumburg jeden ersten Samstag im August ihre geschichtsrevisionistische Propaganda verbreitet. Die Nazis begründeten ihren 'Trauermarsch' mit einzelnen Folterfällen der britischen Besatzer, die bis 1949 im Internierungslager Winklerbad stattgefunden haben sollen. Dabei war es ihnen möglich über 900 Menschen auf die Straße zu bringen. Wir sind froh, dass sich der jahrelange Gegenprotest jetzt auszahlt und damit Schluss ist. Kein Fußbreit für Nazis!"

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: "Unter anderem die kreativen Aktionen der Anwohner*innen und des Vereins 'Bad Nenndorf ist bunt' haben es den Nazis in Bad Nenndorf in den letzten Jahren immer ungemütlicher gemacht. Besonders die Mobilisierung des radikal linken Bündnisses 'Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf', dessen Aufruf auch die Grüne Jugend seit Jahren unterstützt, hat dazu geführt, dass der Trauermarsch immer wieder nicht wie geplant stattfinden konnte. 2013 verhinderten mehrere hundert Antifaschist*innen zudem, dass das geplante Ziel des Trauermarsches vor dem Winklerbad erreicht werden konnte. Wir begrüßen die Absage für 2016 und fordern alle engagierten Menschen, die sich gegen menschenfeindliche und geschichtsrevisionistische Propaganda stellen wollen, auf, auch in Zukunft rechte Aufmärsche aktiv zu behindern."

Grüne Jugend Niedersachsen

Schluss mit dem Versteckspiel! Jusos und Grüne Jugend für Kennzeichnungspflicht in Niedersachsen (14.07.2016)

Die Jusos Niedersachsen und die Grüne Jugend Niedersachsen fordern eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in geschlossenen Einheiten. Damit soll sichergestellt werden, dass Fehlverhalten im Amt besser strafrechtlich verfolgt werden kann.

„Polizeiliches Fehlverhalten tritt insbesondere bei Einsätzen von geschlossenen Einheiten auf. Das Verhalten führt dabei zu konfrontativen Situationen, in denen ungerechtfertigte Gewaltanwendungen durch Polizist*innen leider keine Seltenheit sind“, beschreibt Adrian Schiebe, stellvertretender Juso-Landesvorsitzender, die Problematik und führt weiter aus: „Da bei der Gewalt durch Polizist*innen eine Aufklärung von Vorfällen nur sehr mangelhaft stattfindet, entsteht ein Demokratiedefizit, welches nicht hinnehmbar ist. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die sowohl jene Übergriffe verhindern als auch Täter*innen innerhalb der Polizei zur Rechenschaft ziehen. Von Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International, werden daher seit Jahren gefordert entsprechende Maßnahmen einzuführen. Eine einseitige Strafverfolgung gegenüber Demonstrierende, wie sie derzeit praktiziert wird, muss beendet werden."

„Eine individualisierte Kennzeichnungspflicht macht Polizist*innen im Nachgang einer Demonstration identifizierbar. Sie wäre ein wichtiger Schritt in Richtung einer transparenteren Polizei.“, ergänzen Imke Byl und Marcel Duda, Sprecher*innen der GJN, und führen fort: „Mit der Kennzeichnungspflicht könnte die Polizei für mehr Vertrauen seitens der Bürger*innen sorgen und Straftäter*innen in den eigenen Reihen wirksam vom Polizeidienst ausschließen. Wir können vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehen, wieso die Forderung danach immer wieder als polizeifeindlich verschmäht wird. Auch Sicherheitsbedenken wegen einer möglichen Identifizierbarkeit von Beamt*innen durch kriminelle Demonstrierende kann durch wechselnde Identifikationsnummern schnell aus der Welt geräumt werden. Aus unserer Sicht spricht deshalb nichts gegen eine zügige Einführung der Kennzeichnungspflicht.“

Hintergrund:

- Täter unbekannt. "Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland" (Amnesty International, 2010).

- POLIZEIGEWALT IN DEUTSCHLAND. Mit dem Gesicht im Dreck. (taz, 12.02.2016)

Grüne Jugend Niedersachsen

Kein Handel mit dem Terror! Grüne Jugend Niedersachsen fordert Ende der Kooperation mit dem Iran (10.07.2016)

Angesichts der neuesten Enthüllungen zum iranischen Atomprogramm fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) das Ende der wirtschaftlichen Kooperation der niedersächsischen Landesregierung mit dem iranischen Regime. Nach Berichten des Bundesverfassungsschutzes hatte Bundeskanzlerin Merkel am Donnerstag zugegeben, dass das iranische Atomwaffenprogramm trotz der internationalen Vereinbarungen von Anfang diesen Jahres fortgesetzt wird.

Dazu erklärt Marcel Duda, Sprecher der GJN: "Die neuen Informationen zum iranischen Atomprogramm bestätigen unsere Befürchtungen. Das Regime in Teheran ist nicht an Deeskalation und Kooperation interessiert, sondern heizt die instabile Lage im nahen Osten weiter an. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die wirtschaftliche Kooperation mit dem iranischen Regime und die geplante Repräsentanz des Landes einzustellen, solange der Iran seine internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt. Kein Handel mit dem Terrorregime!"

Imke Byl, Sprecherin der GJN, ergänzt: "Der Iran tritt nicht nur außenpolitisch aggressiv auf, sondern führt auch die Repression im eigenen Land ungrebremst fort. Die Opposition wird weiter gewaltvoll unterdrückt, elementare Menschenrechte werden mit Füßen getreten und die Zahl der Hinrichtungen bleibt erschreckend hoch. Die niedersächsische Landesregierung arbeitet in vielen Projekten gegen Diskriminierung und für Menschenrechte. Diese Haltung sollte sie auch im Verhältnis mit dem Iran bewahren. Menschenrechte sind wichtiger als Handelsinteressen!"

Hintergrund:

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisierte bereits die Iranreise des niedersächsischen Wirtschaftsministers Lies im letzten Oktober. Die Pressemitteilung dazu findet sich hier: http://gj-nds.de/blog/2015/10/kein-handel-mit-dem-terrorstaat-gruene-jugend-niedersachsen-kritisiert-iranreise-von-olaf-lies/

Hintergrundinformationen zu den aktuellen Entwicklungen im Atomstreit: http://www.tagesspiegel.de/politik/bundesregierung-reagiert-auf-verfassungsschutz-merkel-iran-entwickelt-sein-raketenprogramm-weiter/13848110.html

Starke Stimme für den LSR! Grüne Jugend fordert Änderung des Schulgesetzes

Die Grüne Jugend Niedersachsen (GJN) fordert eine Änderung des Schulgesetzes, die dem Landesschülerrat (LSR) eigenverantwortliche Pressearbeit ermöglicht. Anlass dafür ist ein offener Brief des Bündnis 16, in dem auch die GJN Mitglied ist. Hierin wird die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gefordert. Dem LSR wurde zunächst seitens des Ministeriums untersagt, den Brief zu verbreiten.

Imke Byl, Sprecherin der GJN, erklärt dazu: "Wir begrüßen die Entscheidung des Ministeriums, die öffentliche Betätigung des Landesschülerrats im Bündnis 16 nun doch zuzulassen. Die von uns geforderte Absenkung des Wahlalters betrifft viele Schüler*innen direkt und hat großen Einfluss auf den Inhalt des Fachs Politik. Hierbei handelt es sich also sehr wohl um eine schulpolitische Angelegenheit."

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: "Auch wenn die Frage der Pressearbeit zum Wahlalter geklärt ist, bleibt die Gesetzeslage für den Landesschülerrat ungünstig. Es bleibt völlig unverständlich, weshalb eine demokratisch legitimierte Schüler*innenvertretung thematischen Einschränkungen ihrer Arbeit unterliegt. Der Landesschülerrat sollte sich frei zu allen Themen äußern können, zu denen er sich äußern will. Wir fordern, das Schulgesetz in diesem Punkt schleunigst zu ändern!"

Hintergrund:

Das Bündnis 16 ist ein Zusammenschluss politischer Jugendverbände, das sich Ende 2015 gegründet hat und sich für die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre einsetzt. Im Bündnis sind neben dem Landesschülerrat und der GJN auch die Landesverbände Jusos, Junge Liberale, SoVD-Jugend, Landjugend sowie die Türkische Jugend Niedersachsen aktiv.

Grüne Jugend Niedersachsen

Niedersächsische Jugendverbände vom Bündnis 16 senden offenen Brief an alle Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion (03.06.2016)

HANNOVER Das Bündnis 16, bestehend aus Jungen Liberalen, Jusos, Grüne Jugend, Landesschülerrat, Landjugend, SoVD-Jugend und der Türkischen Jugend Niedersachsen, bittet die CDU-Landtagsfraktion in einem offenen Brief darum, das Wahlrecht ab 16 im Landtag mitzutragen und die entsprechende Plenarabstimmung in der Fraktion freizugeben.

Bereits im März hatte die FDP-Landtagsfraktion nach einem entsprechenden Beschluss des FDP-Landesparteitages die Zustimmung zum Thema „Wählen ab 16“ signalisiert. Die beteiligten Verbände des Bündnisses hoffen ihr Projekt „Wählen ab 16“ schon zur kommenden Landtagswahl im Januar 2018 umsetzen zu können.

Dazu erklären der Vorsitzende der Jusos, Leonard KUNTSCHER, der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen, Lars ALT sowie die Sprecher der Grünen Jugend, Imke BYL und Marcel DUDA: „Unser überparteiliches Projekt des Bündnis 16 ist zu einem überparteilichen Projekt der Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP geworden – nun hängt die Umsetzung von den Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion ab. Wir bitten die CDU darum, die Abstimmung in der Fraktion freizugeben, um einen Meilenstein für mehr Jugendbeteiligung in Niedersachsen zu setzen.

Semih SENYÜZ, Vorsitzender der Türkischen Jugend Niedersachsen, meint: „In Zeiten, in denen das Gewicht der Rechtspopulisten immer mehr zunimmt, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr politische Bildung und Jugendbeteiligung in unserem Land.“ Und Olivia ZAKRZEWSKI, Vorsitzende des niedersächsischen Landesschülerrates, ergänzt: „Die Schulpolitik betrifft in ganz besonderem Maße die 16- und 17-jährigen Schülerinnen und Schüler. Und dennoch dürfen sie bisher nicht mitentscheiden, wer für sie den politischen Rahmen beim Abitur und bei den Klassenfahrten setzt.“

Die Vorsitzenden der niedersächsischen Landjugend, Birte JENDRISCHECK und Tobias SCHRÖDER, ergänzen: „Die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen macht rund 2 bis 3 Prozent der Wahlberechtigten aus. Wir wollen mit dem Wahlrecht ab 16 auch dieser Altersgruppe endlich eine Stimme und politisches Gewicht geben.“

Grüne Jugend Niedersachsen

Die Landessprecherin der SoVD-Jugend im Sozialverband Deutschland, Kerstin KOCH erklärt: „Das Bündnis vertritt über 20.000 junge Menschen in Niedersachsen sowie über 1 Million Schülerinnen und Schüler. Wir hoffen nun, dass die CDU-Landtagsfraktion unser Vorhaben gemeinsam mit allen anderen Landtagsfraktionen mitträgt."

Hintergrund:

Auf Landesebene ist ein Wahlrecht ab 16 bereits in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein realisiert. In elf Bundesländern liegt zumindest auf kommunaler Ebene das aktive Wahlalter bei 16 Jahren.

Eine Absenkung des aktiven Wahlalters ist im rot-grünen Koalitionsvertrag verankert. Die Landesregierung hat am 12. Januar 2016 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der erstmals in der Januar-Plenarwoche beraten wurde. Die Abgeordneten der Fraktion von SPD, Grüne und FDP stellen zusammen 83 Abgeordnete. Für die nötige verfassungsändernde Mehrheit sind mindestens 92 Abgeordnetenstimmen nötig.

Die unterzeichnenden Verbände vertreten in Niedersachsen über 20.000 junge Mitglieder. Der Landesschülerrat vertritt ferner rund 1,1 Mio. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen.

GRÜNE JUGEND Niedersachsen blickt auf erfolgreichen Parteitag zurück (29.05.2016)

Am Wochenende tagte der Landesparteitag der niedersächsischen Grünen in Gifhorn. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen (GJN) brachte drei Anträge erfolgreich ein. Auf ihre Initiative spricht sich die Partei erneut für eine Legalisierung von Cannabis, für eine unabhängige Treuhandstelle für Polizeivideos und gegen den Einsatz von Polizeipferden und -hunden auf Demonstrationen aus.

Dazu erklärt Imke Byl, Sprecherin der GJN: "Wir begrüßen die Entscheidung unserer Partei, sich gegen Hunde- und Pferdestaffeln auf Demonstrationen einzusetzen. Hunde und Pferde sind nicht geeignet, einen ruhigen Verlauf von Demonstrationen zu gewährleisten. Im Gegenteil lässt ihr unberechenbares Verhalten die Lage besonders bei einer aufgeheizten Stimmung oft zusätzlich eskalieren. Das bedeutet enormen Stress für die eingesetzten Tiere und ein unkalkulierbares Risiko für alle Demonstrationsteilnehmer*innen. Wir hoffen, dass die Grünen sich mit ihrer Ablehnung in der Landesregierung durchsetzen und bessere Einsatzkonzepte auf Demonstrationen etablieren können. Den Tieren und Menschen zuliebe!"

Grüne Jugend Niedersachsen

Marcel Duda, Sprecher der GJN, ergänzt: "Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert! Er ist eine riesige Subvention der organisierten Kriminalität, zerstört die Existenzen vieler Konsument*innen und zeigt keine Präventionswirkung. Der Staat sollte sein Geld lieber in funktionierende Präventionsmaßnahmen als in sinnlose Law-and-Order-Politik stecken. Mit diesem Grundsatz junggrüner Politik stoßen wir als GRÜNE JUGEND seit jeher auf Zustimmung bei der Grünen Partei. Wir freuen uns, dass unsere Partei den Kurs der liberalen Drogenpolitik weitergeht und sich erneut für konkrete Schritte zur Legalisierung in Niedersachsen ausspricht. Die SPD muss ihren Widerstand beim Thema Cannabis endlich beenden und gemeinsam mit uns für eine echte Entkriminalisierung des Konsums sorgen. Danach muss Niedersachsen der Initiative für einen regulierten Cannabismarkt beitreten. Nur ein legaler Markt ist ein kontrollierter Markt!"

Hintergrundinformation: Bei der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Grünen Partei treffen Delegierte aus allen Kreisverbänden der Grünen in Niedersachsen zusammen, um über die inhaltliche und personelle Ausrichtung der Partei zu entscheiden. Die GRÜNE JUGEND hat als Teilorganisation der Grünen Antragsrecht auf den Parteitagen.

Kohle stoppen – Klima schützen: Für eine demokratisch organisierte Energieversorgung (12.05.2016)

Niedersächsische Jugendumweltverbände rufen zur Demonstration gegen Braunkohleabbau in der Lausitz auf.
Die niedersächsischen Jugendumweltverbände BUNDjugend Niedersachsen, Grüne Jugend Niedersachsen, Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung Niedersachsen, sowie JANUN e.V. rufen zur Anti-Kohle-Demo 2016 im Braunkohlerevier Lausitz am 14. Mai auf.
Die Demonstration wird von einem breiten Bündnis aus linken Gruppen, Jugendverbänden und Umweltorganisationen getragen, die ein deutliches Zeichen gegen einen Kapitalismus setzen wollen, der weiter auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen setzt.
Wiebke Fischer, Mitglied der Landesjugendleitung der BUNDjugend Niedersachsen, erklärt: „Der immer weiter fortschreitende Klimawandel und die Deutlichkeit, mit der die Auswirkungen sichtbar werden, macht klar: Ein "weiter so" darf es grade in der Energiepolitik nicht geben. Deshalb rufen wir dazu auf, vom 9. - 16. Mai in die Lausitz zu fahren und sich am Klimacamp und der Demo am 14. Mai zu beteiligen.

Grüne Jugend Niedersachsen

Imke Byl, Sprecherin der Grünen Jugend Niedersachsen, bekräftigt: „In der Lausitz wird deutlich, was die aktuelle Klimapolitik bedeutet: statt mehr Klimaschutz wird hier auf aggressivste Art und Weise Raubbau an Natur, Klima und Mensch betrieben. Dem gilt es sich mit kreativem und vielfältigem Protest entgegenzustellen. Denn im 21. Jahrhundert sollte klar sein: Braunkohle ist ein Relikt der Vergangenheit und muss unter der Erde bleiben."

Frerk Kappes vom Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung Niedersachsen erläutert: „Im letzten Jahr haben über Tausend Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier ein Zeichen gegen weiteren Kohleabbau gesetzt. Auch in der Zukunft muss weiterhin eine klare Position gezeigt werden: Investitionen in Braunkohle darf es nicht mehr geben. Deshalb wollen wir in diesem Jahr unsere Forderungen mit der Teilnahme an der Demonstration noch einmal bekräftigen."

Hannah Meyer von JANUN e.V. ergänzt: „Wir Niedersächsischen Jugendumweltverbände fordern einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle und zeigen uns solidarisch mit allen Menschen, die für eine kohlefreie und klimagerechte und damit auch für eine sozialere Politik kämpfen!"

Verantwortung zeigen: Regulierung statt Repression! (08.04.2016)

Hanf ist eine Kultur- und Nutzpflanze, die seit Jahrhunderten in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingesetzt wird. So kann sie neben dem Einsatz als Rauschmittel beispielsweise als Dämmstoff oder Medizinprodukt dienen. Die repressive Haltung der deutschen Drogenpolitik erschwert den medizinischen Einsatz jedoch immens und verursacht Nebenwirkungen, die es ohne die Prohibition nicht geben würde. Durch die Verbotshaltung bildete sich ein Drogenschwarzmarkt aus, der es unmöglich macht, Cannabiserzeugnisse auf ihre Reinheit und ihren Wirkstoffgehalt hin zu kontrollieren. Des Weiteren fließen die Gewinne aus dem Cannabishandel heute vollständig in die Hände von Kriminellen und fördern somit mafiöse Strukturen in ganz Europa.

Laut offiziellen Schätzungen der DBDD (Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) ist Cannabis die am meisten konsumierte illegale Droge mit einer Konsument*Innenzahl von ungefähr 4 Mio. Menschen. Diese Menschen stehen jedoch regelmäßig vor der Problematik Cannabisprodukte des Schwarzmarktes zu konsumieren, die durch teilweise stark gesundheitsgefährdende Stoffe gestreckt worden sind oder einen unkontrolliert

hohen THC-Gehalt aufweisen. Nicht zuletzt besitzt der/die einzelne Dealer*In kein Interesse an dem Alter der Erwerbenden, sodass kein Jugendschutz besteht.

Die Zielvorstellung der Drogenrepression – dass keinerlei Drogen konsumiert werden – ist eindeutig gescheitert, wenn man sich die Zahlen der Konsumierenden anschaut. Entsprechend der Evaluation der EBDD (Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) besteht kein Zusammenhang zwischen der Drogenpolitik eines Staates und der Konsumneigung seiner Staatsbürger*Innen. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, Cannabisprodukte staatlich zu regulieren, sodass ein effektiver Gesundheits-, VerbraucherInnen- und Jugendschutz gewährleistet werden kann. Dieser Paradigmenwechsel in der Cannabispolitik würde die Justiz und Strafverfolgungsbehörden entlasten, zusätzliche Steuergelder generieren und damit auch eine bessere Drogenprävention sowie -aufklärung finanzieren können.

Die Erfahrungen mit einer staatlichen Regulierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in den US-Bundesstaaten Colorado, Washington, Oregon und Alaska, belegen die positiven Potentiale und die Machbarkeit einer verantwortungsbewussten Umsetzung. Während die heutige Prohibition und die damit einhergehende Tabuisierung ehrliche Aufklärung über Nebenwirkungen und Suchtpotentialen des Cannabiskonsums behindert, ermöglicht die kontrollierte Ausgabe eine gezielte Aufklärung und damit ein größeres Bewusstsein für mögliche Gefahren auf Seiten der Konsument*Innen.

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf:

- Die sogenannte "geringe Menge", bis zu der Strafverfahren wegen Cannabisbesitz eingestellt werden können, sofort auf 30 Gramm zu erhöhen. Dies entspricht sowohl den Eigenbedarfsregelungen in den US-Bundesstaaten mit einem regulierten Markt als auch der früheren Praxis in Schleswig-Holstein.
- Die geplante Bundesratsinitiative des Landes Bremen zur Regulierung von Cannabis zu unterstützen.
- Den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Erleichterung des medizinischen Zugangs zu Cannabis konstruktiv zu begleiten und ein Konzept für den Anbau von medizinischem Cannabis in Niedersachsen zu entwickeln.
- Ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken zu beantragen

Grüne Jugend Niedersachsen